



Antrag Nr.: A0770/13
Datum: 30.09.2013

A N T R A G

FDP-Fraktion

Gegenstand:

Etablierung einer Kinderschutzambulanz im Rahmen des Netzwerkes Kinderschutz und Frühe Hilfen in Dresden

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat spricht sich für die Etablierung einer Kinderschutzambulanz im Rahmen des Netzwerkes Kinderschutz und Frühe Hilfen in Dresden aus. Dafür wird die Oberbürgermeisterin beauftragt, vor dem Beschluss des nächsten Doppelhaushaltes, aber spätestens bis zum 30. September 2014, ein Konzept mit folgenden Schwerpunkten zu erstellen:

1. der Abwägung der Trägerschaft anhand eines Vergleichs bereits bestehender ähnlicher Einrichtungen und Strukturen in Freiburg, Leipzig, Münster und anderen Städten;
2. die notwendigen konzeptionellen, strukturellen, personellen und finanziellen Anforderungen an eine Dresdner Kinderschutzambulanz zu ermitteln;
3. Gespräche mit dem Freistaat über mögliche Kooperationen und Fördermittel aufzunehmen und zu berichten.

Beratungsfolge

Ältestenrat		nicht öffentlich	beratend
Dienstberatung der Oberbürgermeisterin		nicht öffentlich	beratend
Jugendhilfeausschuss		öffentlich	beratend
Betriebsausschuss für Städtische Krankenhäuser und Kindertageseinrichtungen		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen		nicht öffentlich	beratend (federführend)
Stadtrat		öffentlich	beschließend

Begründung:

Dresden ist erneut Geburtenhauptstadt Deutschlands geworden. Seit vielen Jahren steigen die Zahl der Geburten und die Zuzüge von Familien mit Kindern nach Dresden. Dies spiegelt sich zum einen in einem deutlichen Anstieg des Bedarfs an Kindertagesplätzen und Schulplätzen und zum anderen an den ständig steigenden Kosten bei der Hilfe zur Erziehung wider. Die Zahl der Kinder in psychosozialen Problemlagen nimmt zu. Für diese Kinder besteht ein hohes Risiko, Opfer von Gewalt oder Vernachlässigung zu werden. Studien belegen für Deutschland einen emotionalen, körperlichen oder sexuellen Missbrauch in Kindheit und Jugend für ca. 10 - 15 % der Bevölkerung; die Dunkelziffer wird weitaus höher geschätzt.

Mit dem neu gegründeten Netzwerk für Kinderschutz und Frühe Hilfe Dresden hat Dresden nun eine Struktur, um alle Träger und Einrichtungen, die im Kinderschutz aktiv sind, zu verbinden. In dieser Struktur fehlt heute allerdings noch eine Anlauf- und Koordinierungsstelle für den medizinischen Bereich. Mit diesem Antrag soll diese Lücke nun geschlossen werden.

In der Stadt Dresden wurden im Jahr 2012 insgesamt 1.753 Kindeswohlgefährdungen gemeldet, davon werden seit Jahren die allermeisten Fälle anonym an das Jugendamt gegeben, gefolgt von Polizei, Schulen, Familie und Nachbarn. Aus dem Bereich der Medizin, also von Ärzten und Kliniken, kamen 2012 insgesamt 59 Verdachtsfälle. In 559 Fällen waren Kinder bis zum 3. Lebensjahr betroffen. In Anbetracht einer sehr wahrscheinlichen Anzahl an unerkannten Fällen dürfte die wirkliche Häufigkeit noch darüber liegen.

Dabei führen Gewalt, Misshandlung, Vernachlässigung oder Missbrauch nicht nur zu einer akuten Traumatisierung. Langfristig entstehen physische und/ oder psychische Schäden, die nicht nur zu einer erheblichen und oft langwierigen Einbuße an Lebensqualität, mitunter sogar bleibender Schädigung oder gar Behinderung führen, sondern auch hohe Folgekosten – nicht ausschließlich für die medizinische Versorgung – verursachen. Es besteht ein erhöhtes Risiko der Betroffenen, später selbst zum Täter zu werden.

Durch eine entsprechende Gesetzgebung in Bund (Bundeskinderschutzgesetz, BKiSchG, 2012) und Land (Sächsisches Kindergesundheits- und Kinderschutzgesetz, SächsKiSchG, 2010) wurden in den letzten Jahren Rahmenbedingungen geschaffen, die dazu beitragen sollen, Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen effektiver vorzubeugen, früher zu erkennen und wirkungsvoller zu begegnen. In der Stadt Dresden existiert eine Koordinierungsstelle Kinderschutz über das Jugendamt und seit diesem Jahr auch eine Koordinierungsstelle für frühe Hilfen über das Jugendamt. Dabei besteht eine Vernetzung zum Gesundheitswesen, jedoch keine Koordinierung im medizinischen System.

Als unzureichend wird demgegenüber noch die Integration kinderärztlicher Expertise in das interdisziplinäre und interprofessionelle Versorgungsnetzwerk angesehen. Akteure des Gesundheitssystems haben höchste Bedeutung als Zugangsweg zu hoch belasteten Familien. Nach Einschätzung des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen 2010 wird jedoch die Kooperation zwischen Frühe-Hilfe-Anbietern auf der einen Seite und Ärztinnen und Ärzten auf der anderen Seite als gering beurteilt.

Diese Lücke soll durch die Etablierung einer Kinderschutzambulanz geschlossen werden. Die Tätigkeit analoger Einrichtungen in unterschiedlicher Trägerschaft hat sich in anderen Städten als hilfreich erwiesen. Für Dresden soll eine solche Kinderschutzambulanz entwickelt werden, um eine optimale Vernetzung zu den bereits vorhandenen Strukturen und Kompetenzen zu gewährleisten. Diese sind zum einen im Gesundheits- und Jugendamt angesiedelt, zum anderen in den städtischen Krankenhäusern, dem Universitätsklinikum und bei verschiedenen niedergelassenen Kinderärzten sowie Kinder- und Jugendpsychiatern schon vorhanden.

Eine noch stärkere Einbeziehung medizinischer Fachkompetenz in den Kinderschutz liegt nahe, da diese Berufsgruppen naturgemäß häufig Kontakt zu Kindern und Jugendlichen sowie deren Erziehungsberechtigten haben und ihnen in der Regel ein hohes Maß an Achtung und Vertrauen entgegengebracht wird. Auf dieser Basis kann eine diagnostische Sicherung bzw. Klärung des Verdachts auf Vernachlässigung, Misshandlung oder Missbrauch durch eine erfahrene ärztliche Fachkraft frühzeitig erfolgen, bzw. kann eine Risikokonstellation für eine Kindeswohlgefährdung erkannt und behoben werden. Darüber hinaus können im Rahmen eines Fallmanagements beratende bzw. therapeutische Maßnahmen für die Betroffenen und deren Familien koordiniert und deren Erfolg kontrolliert werden und somit eine Brücke zwischen den vorhandenen medizinischen Strukturen bei Kinderärzten und Kliniken zu den Strukturen des Kinderschutznetzwerkes geschlagen werden. Dabei ist die Kinderschutzambulanz auch Ansprechpartner für niedergelassene Kinderärzte, Hausärzte, Gynäkologen sowie andere Personen und Institutionen, welche sich mit Verdachts- oder Risikofällen konfrontiert sehen, selbst aber nicht über ausreichende Kompetenzen bzw. Ressourcen der Konfliktbehebung verfügen. Es stellt die medizinische Expertise und ist damit Anlaufpunkt für Anfragen seitens der Jugendhilfe und der Polizei.

Für die Etablierung als kommunale Struktur sprechen der erforderliche hohe Vernetzungsgrad und die Notwendigkeit einer breiten, sektorenübergreifenden Akzeptanz. Darüber hinaus sind Synergien durch die Nutzung bereits vorhandener räumlicher und personeller Strukturen des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes zu prüfen.

Holger Zastrow MdL
Fraktionsvorsitzender